

Titel: Temporäre Aussetzung der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund**Einreicher: Fraktion AfD**

Federführung: Fraktion AfD	Datum: 11.01.2022
Einreicher: Jens Kühnel	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die temporäre Aussetzung der „Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund“ (Straßensondernutzungsgebührensatzung)

Begründung:

Durch die vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung der Corona- Pandemie, werden kleinen und mittleren Unternehmen wirtschaftlich permanent geschwächt. Um die Unternehmen zu unterstützen, beantragen wir, die „Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund“ (Straßensondernutzungsgebührensatzung) vom 01.02.2022 bis zum 31.12.2022 auszusetzen.

Finanzielle Auswirkungen:

Buß- und Verwargelder wurden in diesem Jahr massiv angehoben. Aus dieser Erhöhung können die Mindereinnahmen finanziert werden.

Jens Kühnel
Fraktionsvorsitzender